

## B. Redebeiträge

### **Dr. Ludwig Watzal: Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß und die Lage der Menschenrechte in Israel und Palästina**

( Vortrag am 20.9.1996 in Hamburg)

Die israelischen Wahlen vom 29. Mai endeten für die westlichen Medien mit einer Überraschung. Nicht ihr "Visionär", Ministerpräsident Shimon Peres, gewann, sondern der vermeindliche "Hardliner" vom konservativen Likud-Block, Benjamin Netanyahu. Alle Welt fragte sich besorgt, was denn aus dem Friedensprozeß werden würde. Wollte ihn Netanyahu fortsetzen? Inzwischen zeigt sich, daß diese als Friedensprozeß bezeichnete Entwicklung weitergeht, aber unter völlig anderen Konditionen. Gegenüber den arabischen Staaten wird er rhetorisch fortgesetzt; für die Palästinenser werden die Auflagen noch härter sein, als sie unter der Arbeitspartei schon waren. In der Substanz ähneln sie sich jedoch, auch im Ergebnis. Die Kompromißbereitschaft unter der neuen Regierung ist gleich Null. Tanja Reinhardt, Professorin an der Universität von Tel Aviv, beschreibt das Szenario zwischen Arbeitspartei und Likud als "die Ablösung eines politischen Kampfes zwischen zwei verschiedenen Methoden, die gleiche Ideologie durchzusetzen".

Die Wahlen haben gezeigt, daß die israelische Gesellschaft tief gespalten ist und einen Rechtsruck vollzogen hat. Insbesondere das nationalistische und das religiös-fundamentalistische Lager hat erheblich hinzugewonnen; ebenso die antizionistischen Parteien. Die israelische Gesellschaft steht vor der Frage, ob sie sich weiterhin als säkulare westlich orientierte Gesellschaft oder als religiöse begreifen will. Sollte es in diesem Konflikt zu keiner Einigung kommen, könnte dem Land ein "Kulturkampf" ins Haus stehen. Ob der Zionismus oder der religiöse Fundamentalismus diese Auseinandersetzung gewinnen wird, ist noch völlig offen.

Auch zeichnet sich bereits ab, daß die alten Mythen vom religiösen Anspruch auf "Judäa" und "Samaria", wie die Nationalisten und Fundamentalisten die Westbank nennen, wieder zum Leben erweckt werden, und die Rhetorik von einem Groß-Israel wird öfter zu hören sein, als dem Westen lieb sein kann. Dies alles geht zu Lasten der Palästinenser, die wieder einmal ausschließlich auf das falsche Pferd, die Arbeitspartei, gesetzt haben. Was Netanyahu von den Palästinensern und Arafat im besonderen hält, hat seine konstante Ignorierung derselben gezeigt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen zirka 70 Palästinenser und 19 Israelis ums Leben kamen, waren möglicherweise erst der Auftakt zu einer gewaltsamen Konfrontation, die in den Verträgen Grundregel ist. Solange Netanyahu sich mit Leuten wie Ariel Sharon, Raphael Eitan, Zevulun Hammer und Yitzhak Mordechai, sowie mit militanten Siedlervertretern und extremistischen Rabbinern umgibt, die den Massenmörder Baruch Goldstein zu ihrem Idol erkoren haben, so lange gibt es für die Palästinenser keine Hoffnung. Der Friedensprozeß ist noch nicht unumkehrbar. Er wird solange fortgesetzt werden, wie es im US-amerikanischen Interesse liegt. Noam Chomsky hat den Terminus "Friedensprozeß" treffend beschrieben als diejenige Politik, die die USA zu einer gewissen Zeit unterstützen. Ihre Rolle als selbsternannter "ehrlicher Makler" ist völlig unglaubwürdig, ob diese Rolle jemals von den USA ernsthaft anvisiert worden ist, darf bezweifelt werden. Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem, ist deshalb zuzustimmen, der es für unzutreffend hält, in diesem politischen Kontext von einem Friedensprozeß zu sprechen.

Es hatte im August 1993 doch alles so hoffnungsvoll begonnen, als bekannt wurde, daß sich Israel und die PLO auf eine "Prinzipienerklärung" geeinigt hatten. Keiner der Experten hatte mit einer solchen Entwicklung gerechnet. Die Ende 1991 in Madrid eröffnete Friedenskonferenz für den Nahen Osten hatte in zehn Treffen in Washington keine konkreten Ergebnisse gebracht. Wir sind also Zeugen eines im offiziellen Sprachjargon bezeichneten "Friedensprozesses", der durch die Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung" vom 13. September 1993 in Gang gesetzt worden ist und der durch die Konkretisierungen im "Gaza-Jericho-Abkommen" vom 4. Mai 1994, das "Israelisch-Palästinensische Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen" vom 28. September 1995 sowie die Wahlen vom 20. Januar 1996 weitere Momente erfahren hat, aber an dessen Ende trotzdem kein souveräner Palästinenserstaat in den Grenzen von vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 stehen wird. Es wird zwar irgendein Gebilde geben, das eher einem Flickenteppich gleicht oder wie ein Inselreich aussehen wird, und das die Palästinenser dann "Staat" nennen können, wenn sie es denn wollen. Was die Dokumente bewirkt haben, und dies ist unzweifelhaft ein großer, aber auch ambivalenter Fortschritt: Sie haben das internationale Koordinatensystem im Nahen Osten und die Bedingungen des bilateralen und multilateralen Konflikts von Grund auf verändert. In der Tat gibt es zu einem Friedensprozeß keine Alternative. Es ist jedoch legitim, kritische Einwände vorzutragen.

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung; sie sind hochgradig asymmetrisch und ein Ausdruck dafür, daß die Palästinenser die israelischen Bedingungen akzeptiert haben. Die palästinensische Seite war es, die permanent nachgeben mußte. Die Abkommen lassen vier von sechs Millionen Palästinensern unberücksichtigt. Wer glaubt, daß Israel bei den verbleibenden Streitfragen wie Jerusalem, die Siedlungen, die Flüchtlinge u.a. nachgeben wird, sollte aufmerksam die Reden und Interviews der israelischen Politiker lesen. Für sie steht auch nach den palästinensischen und israelischen Wahlen ein Palästinenserstaat nicht auf der Nahost-Agenda.

Insbesondere nach der Regierungsübernahme durch den Likud-Block, der eine chauvinistische Regierung gebildet hat, wird es für die Palästinenser sehr schwer werden, weitere Zugeständnisse von Seiten Israels zu erhalten. Dafür spricht auch, daß die Netanyahu-Regierung den Baustopp für die Siedlungen aufgehoben hat. Obwohl es zwar einen solchen unter der Arbeitspartei gegeben hat, verdoppelte sich die Zahl der Siedler. Rabin und Peres ließen zwar keine neuen Siedlungen bauen, die bestehenden durften jedoch großzügig expandieren. Sharons Infrastrukturministerium hat den Bau einer vierspurigen Schnellstraße vom Norden der Westbank nach Jerusalem und eine weitere bis zu den Ausläufern des Golan angekündigt.

Die palästinensische Führung hat sich in eine totale Abhängigkeit von Israel gebracht. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen. Die Verträge sind also primär Sicherheitsabkommen. So ist es nicht verwunderlich, daß Sicherheitslogans die Vereinbarungen wie ein roter Faden durchziehen. Die Umsetzung der diversen Abkommen garantiert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne daß das Land weiter als Besatzungsmacht erscheint; es herrscht durch palästinensische Stellvertreter. Ebenso dauern die völkerrechtswidrige Kolonisierung und Besetzung weiterhin an. Nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus den palästinensischen Bevölkerungszentren in der Westbank liegt die palästinensische Kontrolle über das Territorium (Gaza und die Westbank) bei knapp 30 Prozent.

Israel bestimmt weiterhin die Spielregeln. Das Land hat seine Vorstellungen von einem "neuen Nahen Osten" durchgesetzt, der für die Palästinenser wie folgt aussehen wird: Israel behält das Jordantal als seine Sicherheitsgrenze, annektiert die Siedlungskonzentrationen, behält das "vereinigte" Jerusalem, zieht sich nicht auf die Grenzen von vor dem Juni-Krieg von 1967 zurück, behält die Golanhöhen und verweigert den Palästinensern weiterhin das Rückkehrrecht.

Dieses Konzept der ehemaligen Peres-Regierung unterscheidet sich in nichts von den Vorstellungen der Rechten in Israel und der neuen Regierung unter Ministerpräsident Netanyahu. Deshalb kann Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem, in Ha'aretz vom 26. Oktober 1995 schreiben, daß der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern ungefähr darin besteht, daß den Palästinensern entweder eine bedingungslose Kapitulation auferlegt oder ihnen eine etwas großzügigere Form der Kapitulation zugestanden wird. Am 2. August 1996 hat Benvenisti in Ha'aretz überzeugend nachgewiesen, daß die Zukunft der Palästinenser unter der Peres-Regierung nicht sehr verschieden von der war, die Netanyahu plane. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern nur machtpolitisch "erledigt". Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist.

Der Soziologieprofessor Baruch Kimmerling schreibt dazu am 3. Januar 1996 in Ha'aretz, daß dieses Abkommen (Oslo II) den berüchtigten Versailler Vertrag als ideal erscheinen läßt. "Die Frage einer Erneuerung des Palästinenseraufstandes, der die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird, und der - wie der Arabische Aufstand von 1937 bis 1939 - sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit." Das Tragische an dieser Prophezeiung ist, daß Arafat dann den Aufstand seines eigenen Volkes niederschlagen mußte.

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die palästinensischen Wahlen nicht nur von den Palästinensern als ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Palästinenserstaat gepriesen, sondern auch die westliche Presse intonierte diese Melodie. Wer sich die realen Machtverhältnisse im Nahen Osten ansieht, stellt schnell fest, daß die Handlungsfähigkeit Arafats und seines Parlaments vom guten Willen Israels abhängen. Arafat wurde zwar von den Palästinensern mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt, ohne aber einer sein zu dürfen. Auch das Parlament darf kein Parlament im klassischen Sinne sein, weil es kein Gesetz verabschieden darf, das einer israelischen Militärverordnung widerspricht; diese Verordnungen gelten auch weiterhin in den teilautonomen Gebieten. Diese Wahlen sind ein großer Rückschlag für die nationale Frage der Palästinenser, und sie stärken Arafat in seiner autokratisch-diktatorischen Rolle. Der gewählte Rat spielt keine Rolle und hat keinerlei Befugnisse bei den bevorstehenden Verhandlungen. Die Israelis verhandeln - wenn überhaupt - weiterhin nur mit Arafat und seiner PLO. Durch die Wahlen hat Arafat endlich die Legitimation, die sich die Israelis immer gewünscht haben. Er wird weitere Konzessionen machen müssen, die er aber in seiner neuen Rolle als gewählter "Präsident Palästinas" zugesteht. Arafat kann zwar wieder einen Palästinenserstaat proklamieren - dies hatte er bereits 1988 getan - aber es ist ihm nicht gestattet, Außenpolitik zu betreiben oder die Ein- und Ausreise seiner Bevölkerung zu regeln. Auch der damalige Phantomstaat war von über 120 Staaten diplomatisch anerkannt. Die jetzt ausgestellten Reisepässe sind nur insofern benutzbar, als Israel den Palästinensern gestattet auszureisen. Die Aus- und Einreise erfolgt nicht aufgrund des Passes, sondern hängt vom guten Willen Israels ab. Welches waren die Faktoren, die zu dieser Rolle der Palästinenser geführt haben?

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung" waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarungen und die Konsequenzen vor Ort noch nicht kannte. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Endlich, so schien es, war die Weltöffentlichkeit den leidigen israelisch-palästinensisch-arabischen Konflikt los. Von nordamerikanischer und westeuropäischer Seite überbot man sich mit Angeboten von finanzieller Unterstützung. Und so waren umgehend 2,4 Mrd. US-Dollar für die Zeit von 1994 bis 1998 zugesagt, und die Experten fragten sich schon besorgt, wo denn diese Summen im Gaza-Streifen nutzbringend investiert werden könnten. Deutschland gehört zu den Ländern, die sich sofort mit beträchtlichen Mitteln in den autonomen Gebieten engagierten. Mit seinen Investitionen mästet Deutschland wenigstens nicht die neu entstehende Herrschaftsschicht. Die meisten Investitionen laufen aber an den Autonomieinseln vorbei und fließen nach Jordanien und Israel. Welcher Unternehmer will schon in einem Gebiet investieren, das ständig abgeriegelt werden kann und weiterhin unter Besatzungsrecht steht? Wenn Arafat überhaupt Geld bekommt, dann für sein auf 70 000 Personen angewachsenes militärisch-politisches Sicherheitsestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes.

Im Wesentlichen ist es auch bis heute bei den Zusagen geblieben. So werden im Augenblick die Gelder hauptsächlich dafür verwendet, Arafats Armee und die neuentstehende bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angetan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Investitionsmöglichkeiten sind genügend vorhanden, da in den Gebieten während der Besatzungszeit kaum Investitionen getätigt worden sind. Hemmend ist auch Arafats autokratischer und selbstherrlicher Führungsstil. Er führt die Enklaven wie eine Befreiungsorganisation, d.h. er entscheidet quasi alles allein. Solange Arafat seine undurchsichtigen Führungs- und Finanzallüren nicht aufgibt, werden die Geldgeber mit weiteren Zusagen zurückhaltend sein. Es ist zu hoffen, daß ihn das Parlament stärker kontrolliert und Rechenschaft von ihm verlangt. Es ist aber zu befürchten, daß eine repressive autokratische Herrschaft sich festigt, der demokratische Spielregeln und die Einhaltung der Menschenrechte nichts bedeuten.

Welches sind die Konsequenzen der drei Abkommen für die Palästinenser?

1. Vom internationalen zum lokalen Konflikt:

Nach der Unterzeichnung der Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern fragt keiner mehr nach der Relevanz des Völkerrechts in diesem Konflikt. Es sei daran erinnert, daß Israel wider das Völkerrecht fremdes Territorium besetzt hält und die einseitigen Maßnahmen von seiten Israels völkerrechtlich formal null und nichtig sind. Sowohl die Annexion Ost-Jerusalems und der Golanhöhen als auch die Siedlungen in den besetzten Gebieten widersprechen dem Völkerrecht. Deshalb hat auch ein Referendum - das von Israel gewünscht wird - keinerlei völkerrechtlich bindende Wirkung. Da aber das Völkerrecht nur dort seine Anwendung findet, wo es von einer Macht durchgesetzt wird, wie dies im Falle des irakischen Überfalls auf Kuwait geschehen ist, braucht sich Israel keine Sorgen zu machen. Hätten die USA wirklich jemals ernsthaft gewollt, wären die UN-Resolutionen 242 und 338 umgesetzt worden. Sie hatten aber davon keine machtpolitischen Vorteile. Dagegen tun die USA alles, um die UN-Resolutionen, die den Palästinakonflikt betreffen, zu liquidieren, da es sich nach ihrer Meinung nicht mehr um einen internationalen, sondern nur noch um einen bilateralen Konflikt handelt, der in bei derseitigem Einvernehmen zu regeln ist. Was dies für die Palästinenser bedeutet, dürfte klar sein: Der machtpolitisch Schwächere hat sich dem Diktat des Stärkeren zu beugen, was auch geschieht.

Einschränkend muß noch darauf hingewiesen werden, daß auch Israel Konzessionen gemacht hat. So hat das Land erstmal nach 29 Jahren Besatzungsherrschaft ideologische und praktische Positionen geräumt, die immer als irreversibel gegolten haben. So wurde die PLO als einzig legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt. Mit dem stark geschwächten Repräsentanten Arafat war es dann ein leichtes, diese Art Verträge auszuhandeln. Es gibt jetzt eine palästinensische "Teilsouveränität" von Israels Gnaden. Der Separationsprozeß beruht aber auf einem neuen Unterdrückungssystem, das nun die Palästinenser über ihre eigene Bevölkerung installieren, ohne das israelische wirklich losgeworden zu sein. Israel maßt sich weiterhin an, Palästinenser auch in den Autonomieenklaven zu verfolgen und dort Häuser zu zerstören.

Durch die Unterzeichnung der Abkommen haben sich die Palästinenser einer für sie vorteilhaften völkerrechtlichen Position beraubt. Sie haben als Unterdrückte ihre Unterdrücker legitimiert. Zu dieser Strategie gehört auch das Votum des amerikanischen Senats, bis 1999 die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zurückzuverlegen. Präsident Bill Clinton ist derzeit nur noch dagegen, weil dies die arabischen Staaten als Affront betrachten würden, und dies negative Auswirkungen auf den Friedensprozeß haben könnte. Das Gesetz trat aber bereits ohne die Unterschrift Clintons in Kraft. Die arabischen Länder sehen die USA schon lange nicht mehr in der Rolle des "ehrlichen Maklers", was sie in Wirklichkeit auch nie waren. Unter Clinton haben sie diese Rolle sofort offen abgelegt. Eine pro-israelischere Regierung wie die augenblickliche in den USA hat es noch nie gegeben. Der Staatsbesuch Netanyahus in den USA hat gezeigt, daß im derzeitigen amerikanisch-israelischen Verhältnis der Schwanz mit dem Hund wedelt. Noch nie zuvor wurde ein amerikanischer Präsident öffentlich von einem israelischen Regierungschef so gedemütigt wie Clinton. Dieser machte dann auch diplomatisch gute Miene zum bösen Spiel.

Die USA tun auch alles, um die Europäer aus der Nahostregion fernzuhalten. Ihre Art "hands-off"-Politik ist eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für den Nahen Osten, nach der sich die europäischen Mächte aus dieser Region herauszuhalten haben, weil dies alleiniges Interessengebiet der USA ist. Die anderen Mächte sind höchstens als Geldgeber willkommen. Politisch stören sie nur die Kreise der Pax Americana für diese Region. Nur Frankreich scheint in der Lage zu sein, die US-Dominanz ein wenig in Frage zu stellen. Seine erfolgreiche Vermittlung des Abkommens zwischen Israel und der Hisbollah kam gegen den Widerstand der USA zustande.

## 2. Das Interimabkommen als "Meilenstein" für die Ghettoisierung?

Die Konzessionen, die die Palästinenser auch im Interimabkommen machen mußten, sprechen für die eingangs geäußerte Kapitulation der Palästinenser vor den israelischen Bedingungen. Die sieben Annexe des "Interimabkommens" lesen sich wie ein israelisches Diktat über die Palästinenser. Jede Einzelheit ist hier den Palästinensern vorgeschrieben worden. Nach diesem Abkommen ist Arafats Autonomiebehörde jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen, wie z.B. die religiöse israelische Shas-Partei, die mit der israelischen Regierung um jedes Zugeständnis feilschen muß. Wie Israel die Rolle Arafats sieht, zeigt folgendes Zitat: "Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser gegen den Terrorismus vorgehen", so der Generalstabschef Amnon Shahak am 24. September 1995 in Yediot Aharonot.

So haben sich die israelischen Truppen vertragsgemäß bis 22 Tage vor den Wahlen aus den Städten Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem zurückgezogen. Sie bilden Zone A und werden 3,5 Prozent des gesamten Gebietes ausmachen.

Selbst in dieser Zone können die palästinensischen Polizisten Israelis nicht verhaften oder einsperren "not in any circumstances". Sie können nur nach dem Paß und den Autopapieren fragen. Bei gemeinsamen Patrouillen dürfen dies nur die Israelis. Die Zivilverwaltung wird auf die Palästinenser übergehen.

Nach den Wahlen beginnt Israel mit einer zweiten, umfassenderen Umgruppierung, die sich auf 18 Monate mit drei Abschnitten zu je sechs Monaten erstreckt. Zusätzliche Teile der Zone C werden in die Gewalt der Palästinenser übergehen, so daß das Gebiet unter palästinensischer Jurisdiktion nur solche Gebiete umfaßt, deren Status erst in den Schlußverhandlungen festgelegt wird, wie z.B. Siedlungen, militärische Einrichtungen etc. Eine allumfassende Lösung ist den abschliessenden Verhandlungen vorbehalten. Die Kontrolle über das Wasser wird Israel nicht abgeben; eine Regelung bleibt bis zu den endgültigen Status-Verhandlungen offen. Es gab keine Rückgabe von Wasserquellen. In einem Dreier-Ausschuß soll über die Erschließung neuer Wasserquellen in der Westbank verhandelt werden.

Wichtig sind die Sicherheitskräfte zur Verhinderung von "Terrorismus und Gewalt". Sie sollen für die Westbank 12000 Mann umfassen, insgesamt inklusive Gaza 30000. Auch hier werden die Israelis den Palästinensern die Hand führen. Es wurde ein gemeinsamer Sicherheitsausschuß eingerichtet, der die Maßnahmen zwischen der palästinensischen und der israelischen Polizei koordiniert.

Hebron bildet einen Sonderfall. Für die Sicherheit der etwas über 400 Siedler ist ausschließlich Israel zuständig. Die militärische Kontrolle in der Stadt wird zwischen Palästinensern und Israelis aufgeteilt. Nur in einem Gebiet, das gesondert ausgewiesen ist, haben die Palästinenser alleinige Autorität, für alle anderen Gebiete müssen sie die Zustimmung des gemeinsamen Ausschusses einholen. Die übergreifende Sicherheit wird weiterhin von Israel gesichert. Selbst wenn das separate Straßensystem für die Siedler fertiggestellt sein wird, zieht sich das israelische Militär aus Hebron nicht zurück. Die Netanyahu-Regierung beabsichtigt sogar, die Zahl der Siedler in Hebron auf 4000 zu erhöhen.

Ein separates - 400 km umfassendes Straßensystem - wird für das gesamte Westjordanland errichtet. Warum baut man es, wenn man sich doch zurückziehen will? Die sogenannten "Friedensstraßen" dürfen nur in eingeschränktem Maße oder auch gar nicht von Palästinensern benutzt werden. Sollte dies zutreffen, so existieren neben ethnisch reinen Siedlungen auch ethnisch reine Straßen!

In der sogenannten B-Zone liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Die Zivilverwaltung wird an die Palästinenser übergeben. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel; nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann die palästinensische Polizei alleine entscheiden. Sie bewegt sich auf den Straßen der Westbank ohne israelischen Verkehr frei, auf allen anderen Straßen bedarf es der israelischen Genehmigung.

In der sogenannten Zone C - sie macht 73 Prozent der Westbank aus - bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel als Staatsland. Das Interimabkommen mit seinen Autonomieinseln kann von Israel jederzeit außer Kraft gesetzt werden, da Israel die Macht und das Recht hat, jede Enklave völlig abzuriegeln, was bei jeder sich bietenden Gelegenheit geschieht. Dann können die Palästinenser z.B. ihre Inseln "Ramallah" oder "Kalkilyia" nicht verlassen, wie nach den Terroranschlägen im März zu beobachten war. Eine wesentliche Verschlechterung gegen-

über dem Zustand vor den Abkommen, als sich die Menschen wenigstens frei in der abgeriegelten Westbank bewegen konnten. In dieser Zone werden nur solche Verantwortlichkeiten auf die Palästinenser übertragen, die nicht den endgültigen Statusverhandlungen vorbehalten sind.

Aufgrund dieser Sachlage ist es völlig unverständlich, warum das Interimabkommen von palästinensischen Kommentatoren als "Meilenstein" gepriesen wird. Arafat hat Israel bereits im "Gaza-Jericho-Abkommen" in Artikel 22 und nochmals im "Interimabkommen" in Artikel 20 einen "Persilschein" dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungszeit nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. So heißt es in beiden Abkommen gleichlautend: "The transfer of powers and responsibilities from the Israeli military government and its civil administration to the Council, as detailed in Annex III, includes all related rights, liabilities and obligations arising with regard to acts or omissions which occurred prior to such transfer. Israel will cease to bear any financial responsibilities regarding such acts or omissions and the Council will bear all financial responsibility for these and for its own functioning."

Die neue Landkarte der "Autonomiegebiete" erinnert fatal an "südafrikanische Homelands", die zwar formal Symbole der Autorität besaßen, aber Marionetten-Regime Südafrikas waren. Arafat ist eine Liaison mit der früher herrschenden Notablen-Schicht eingegangen. So setzt er eigenmächtig Stellvertreter ein, die in seinem Sinne für Ruhe und Ordnung sorgen. Eine solche Bantustanisierung ist bereits von weitblickenden Israelis und Palästinensern wie Meron Benvenisti, Azmi Bishara, Edward Said, Roni Ben Efrat u.a. vorausgesagt worden.

Siedlungen wurden nicht aufgelöst; sie sind "exterritorial". Neben den Palästinensern leben weiterhin israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt, in "reinen" Städten und Dörfern unter sich. Die Palästinenser haben über israelische Bewohner keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über 45 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Zirka 4500 israelische Siedler leben auf dem gleichen Gebiet, auf dem über 934 000 Palästinenser leben und existieren müssen. Auch in der Westbank ist alles beim alten geblieben. Deshalb muß der durch die Abkommen erzielte diplomatische Erfolg Israels nur wenig geringer bewertet werden als der der Staatsgründung von 1948. Die Niederlage der Palästinenser dagegen als total.

Formal begannen am 5. Mai 1996 die Verhandlungen über den endgültigen Status. Arafat ist aber jetzt jeglicher politischer Druckmittel beraubt. Erst jetzt sollte es um Wesentliches gehen: Jerusalem, die Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung u.v.m. Über all dies will die Netanyahu-Regierung nicht mehr reden. Jetzt werden die Palästinenser auf die wohlwollende Zustimmung Israels angewiesen sein, und die zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung von nationalen Interessen und Machtpolitik geht. Da Israel in der dominanten Position ist, braucht es auch keine substantiellen Konzessionen zu machen. Sollte das Land einen Friedensvertrag mit Syrien abschließen, wird die Lage der Palästinenser noch aussichtsloser werden, als sie jetzt schon ist. Dann braucht Israel gegenüber den Palästinensern gar keine Zugeständnisse mehr zu machen, weil diese auch noch den letzten Fürsprecher verloren haben werden. Auch die USA werden dann jegliches Interesse an den Palästinensern verloren haben und überhaupt keinen Druck mehr auf Israel ausüben. Politische Zugeständnisse ihrerseits wurden bisher sowieso nicht durch israelische Großzügigkeit beantwortet.

Aus einigen Indizien wird deutlich, daß die Palästinenser bereits resigniert haben und die israelischen Vorstellungen akzeptieren. So trafen sich Josef Beilin, ehemaliger Minister ohne Geschäftsbereich im Büro des Ministerpräsidenten Peres, und Abu Mazen, Arafats Berater und Unterzeichner der "Prinzipienerklärung", am 23. Februar 1996 und haben in drei Streitfragen "Kompromisse" erzielt:

1. Die Siedlungen bleiben erhalten, 300 qkm, in denen die meisten Siedlungen liegen, werden von Israel annektiert.
2. Die palästinensischen Flüchtlinge müssen sich um die Einbürgerung in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland bemühen, konkret heißt dies, kein Rückkehrrecht.
3. Ein Kompromiß über Jerusalem sieht wie folgt aus: Arafat erhält ein Gebiet, das Al-Quds - die Heilige- genannt wird und zu dem alle von Palästinensern bewohnten Dörfer gehören, die um Jerusalem herum liegen. Israel erhält die Souveränität über die Altstadt von Ost-Jerusalem und die israelischen Siedlungen, die um die Stadt herum liegen.

Es sieht im Augenblick nicht einmal so aus, als ob sich die Likud-Regierung an diesen "Kompromiß" gebunden fühlte. Wäre die Arbeitspartei an der Macht geblieben, wären diese Vereinbarungen in die Statusendverhandlungen mit eingeflossen.

Man könnte meinen, mit den Menschenrechten sei bei einem Friedensprozeß alles zum Besten bestellt. Zu dieser Sorglosigkeit besteht aber kein Anlaß.

### 3. Die Menschenrechte im Friedensprozeß:

Die Lage der Menschenrechte in Israel und den von Palästinensern beherrschten Autonomieinseln ist katastrophal. Dies soll folgendes Zitat belegen, das die israelische Menschenrechtsorganisation HaMoked als Resümee eines Workshops am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ost-Jerusalem gezogen hat und das die Realität vor Ort treffend beschreibt: "The agreements have left Israel in effective control of most aspects of Palestinian daily life. By retaining direct authority over freedom of movement. Through exit and entry permits, residency and family reunification permits, Israel also controls basic issues of economy, health, freedom of education, family life and culture in general. Extensive powers of the Israeli security services and perpetual closures only underscore and exacerbate this situation. The fundamentals of the human rights situation in this area, together with the bulk of human rights violations remain the same, unaffected by the agreements." Die Abkommen haben also zu einer Zurückdrängung der Menschenrechtsfragen geführt. Sie werden einem ominösen Friedensprozeß untergeordnet.

### 4. Die israelischen Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern:

In seiner nun schon 29 Jahre dauernden Besatzungszeit hat Israel die Menschenrechte der Palästinenser systematisch auf das schwerste verletzt. Palästinensische Terrorkommandos hatten immer wieder unschuldige Israelis getötet, und dies benutzte die israelische Regierung als Rechtfertigung, im Namen der Sicherheit massiv gegen die Palästinenser vorzugehen und völkerrechtswidrige Maßnahmen wie Landenteignungen zu rechtfertigen. Legitime Sicherheitsinteressen und Übereifer der Behörden waren dann auch die Standardrechtfertigungen für die israelischen Übergriffe. Es hat sich aber gezeigt, daß das Sicherheitsargument nur als ein Vorwand genutzt wurde, um die Palästinenser politisch zu unterdrücken, ökonomisch auszubeuten und sich des Landes auf völkerrechtswidrige Weise zu bemächtigen.

Auch seit der Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung" ist keine wesentliche Verbesserung der Lage der Menschenrechte eingetreten. Es hat keinen wirklichen Wandel im Be-

wußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Israelis gegenüber den Palästinensern gegeben. Alte Vorurteile leben weiter fort, die durch die Machtübernahme der Rechten wieder aufleben und verstärkt werden. In einigen Bereichen ist sogar eine Verschlechterung zu beobachten wie bei der Beschlagnahme von Land, der Abriegelung und der Sprengung von Häusern. 55 stehen zur Zeit zur Zerstörung an, da sie ohne Baugenehmigungen errichtet worden sind. Die Konfiszierung von Land hat dramatische Ausmaße angenommen, da Israel Land für das separate Straßensystem für die Siedler und zum weiteren Ausbau der Siedlungen benötigt. Alles Land, das jetzt noch konfisziert wird, braucht nicht mehr in die Konkursmasse bei den Endverhandlungen eingebracht zu werden. Daneben werden weiterhin Häuser zerstört, Gefangene gefoltert, sogenannte "gesuchte Personen" durch "Todesschwadronen" liquidiert, unliebsame Palästinenser entweder im Ausland oder in den autonomen Gebieten ermordet, Ausgangssperren verhängt, die besetzten und autonomen Gebiete abgeriegelt, den Palästinensern der Zugang zu Ost-Jerusalem seit März 1993 versagt, die Ein- und Ausreise von Palästinensern verweigert, die Familienzusammenführung verhindert. Die Schikanen der Bürokratie gehen unvermindert weiter.

Bevor die israelische Armee sich aus den Bevölkerungszentren zurückgezogen hat, verhaftete sie etwa 200 Palästinenser, die gegen den Friedensprozeß waren und steckte sie in Administrativhaft. Der "Vorteil" dieser Art von Strafe ist, daß keine Anklage erforderlich ist und eine mehrmalige halbjährliche Verlängerung möglich ist, die im Februar 1996 auf ein Jahr ausgedehnt wurde. Manche Häftlinge verbringen so Jahre in Administrativhaft, ohne jemals angeklagt zu werden. Die Administrativhaft-Häftlinge werden in Ketziot, einem unwirtlichen Ort in der Negev-Wüste, unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangengehalten. Eine weitere Verhaftungswelle gab es nach den Terroranschlägen vom Februar und März 1996, bei der zirka 1000 Personen vom israelischen Sicherheitsdienst verhaftet worden sind. Die Netanyahu-Regierung braucht sich um die Verletzung der Menschenrechte der Palästinenser keine Sorgen zu machen, da weder die USA noch die Europäische Union dies monieren, geschweige denn Sanktionen gegen Israel verhängen werden.

##### 5. Die Menschenrechtsverletzungen der Arafat-Regierung an eigenen Landsleuten

Der Friedensprozeß hat aber ein neues Phänomen hervorgebracht, und zwar die Menschenrechtsverletzungen der Palästinenser durch ihre eigene Autonomieregierung. Durch die Etablierung der palästinensischen Behörde hat sich die Lage der Palästinenser noch verschlimmert. Sie haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Die Palästinenser sind jetzt Gefangene geworden zwischen Israel, ihrer eigenen Regierung und den islamischen Gruppen, die ihre Sichtweise der Bevölkerung aufzwingen wollen. Somit hat sich die Lage der Menschenrechte der Palästinenser wesentlich verschlechtert. Es gibt auch hier eine systematische Verletzung von elementaren Rechten wie des Rechts auf Leben, der Versammlungs- und Redefreiheit, der friedlichen Opposition und der Sicherheit. Da Arafat nach Auffassung der Israelis für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in seinen Enklaven zu sorgen hat, ging er sofort daran, einen umfassenden Sicherheitsapparat aufzubauen. Seine neun Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet, gelernt.

So werden Palästinenser eingeschüchtert, bedroht, willkürlich gefangengenommen und mißhandelt. Über 1000 Palästinenser sind im Rahmen der Aktionen gegen Hamas und den Islamischen Jihad verhaftet worden, ohne offiziell angeklagt worden zu sein, ohne daß sie einen Anwalt zu sehen bekamen. Informationen wurden durch Folter erpreßt. Die

USA und Israel drückten ihre Zufriedenheit mit Arafats rücksichtslosem Vorgehen aus, forderten aber noch mehr von ihm.

Bisher wurden acht Palästinenser schon vom eigenen Geheimdienst zu Tode gefoltert. Immer wieder wird im Zusammenhang mit den Folterungen von Palästinensern der Sicherheitschef von Jericho, Jibril Radjub, genannt, der Chef des "Preventive Security Service" (PSS). Dieser "Vorbeugende Sicherheitsdienst" hält sich weder an Recht noch Gesetz. Er begeht außergerichtliche Straftaten, Entführungen, Folter und ausgedehnte und willkürliche Festnahmen von Palästinensern in der Westbank. Die Opfer werden generell "moralischer Verstöße" bezichtigt wie Prostitution oder außerehelichem Sexualverkehr, Drogenkonsum, Diebstahl oder Kollaboration mit israelischen Behörden. In keinem Fall wurde gegen die Verhafteten ein Haftbefehl erlassen, noch wurden sie formal angeklagt oder hatten die Gelegenheit, sich zu verteidigen. Für alle diese Verstöße und Übergriffe ist natürlich der PSS verantwortlich.

Israel trägt aber insofern eine Mitverantwortung, als es nach Völkerrecht für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung unter seiner Herrschaft verantwortlich ist. Trotz dieser Verpflichtung haben die israelischen Sicherheitsdienste nichts gegen diese Übergriffe unternommen. Dies zeigt, daß Israel primär an seiner Herrschaft und weniger an der Sicherheit der ihm unterstellten Bevölkerung interessiert ist. Es gibt Hinweise für eine geheime Vereinbarung zwischen Israels GSS und dem palästinensischen PSS. Der Chef der PSS in der Westbank, Rajoub, und Mohammed Dahlan, der den gleichen Sicherheitsdienst in Gaza leitet, trafen sich im Januar 1996 mit dem früheren israelischen GSS-Chef Yaacov Peri in Rom. Aus diesem Treffen ging zwar keine formale Vereinbarung hervor, aber man einigte sich auf eine Art "understanding".

Für viele Palästinenser ist die Übernahme der israelischen Sicherheitsdoktrin nicht ein Ausdruck von Selbstbestimmung, sondern von Niederlage und totaler Unterwerfung. Wenn man diese Sicherheitsdoktrin ihres rhetorischen Mantels entkleidet, ist sie nichts weiter als die Implementierung der territorialen und militärischen Ziele Israels in den besetzten Gebieten. Insbesondere das von Arafat im Februar 1995 auf Druck der USA und Israel eingerichtete Staatssicherheitsgericht ist ein Skandal. Durch dieses Gericht werden selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß verletzt.

In den "autonom-besetzten" Gebieten herrscht nicht Rechtssicherheit, sondern Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit. An diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert. Ihn kritisierte der palästinensische Psychiater Dr. Iyyad Sarraj am 6. Mai 1996 in einem Interview mit der New York Times, worauf er am 18. Mai von Arafats Sicherheitsdienst verhaftet wurde. Erst nach intensiven internationalen Protesten wurde er am 26. Mai 1996 freigelassen.

Sarraj hatte sich schon seit vielen Jahren für einen Ausgleich mit Israel eingesetzt, als Arafat noch Anschläge gegen Israel befahl. Vielleicht sehnen sich die Palästinenser und die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen eines Tages nach der israelischen Besatzung zurück, weil die Organisationen unter Besatzung frei arbeiten konnten und sich einem weitgehend geregelten formaljuristischen Prozedere gegenüber sahen, das sie nach außen hin zwar formal korrekt behandelte, sie aber trotzdem indirekt weiter diskriminierte und unterdrückte.

## 6. Ausblick:

Resümierend kann folgendes festgestellt werden: Die Aussichten für den Friedensprozeß stehen schlecht. Die Israelis setzen ihre willkürliche Politik und die Verletzung der Menschenrechte gegenüber den Palästinensern ungeahndet fort. Auch für Arafats Regime gibt es nur schlechte Zensuren zu verteilen. Die Bilanz in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und die Achtung von Recht und Gesetz ist trostlos. Die Exzesse seiner Sicherheitsdienste offenbaren eine große Malaise.

Der Legislativrat ist zur Irrelevanz verdammt; es gibt ein großes Ausmaß an Vetternwirtschaft und Korruption; das Rechtssystem verdient nicht seinen Namen; der Angriff auf die Meinungsfreiheit hat die Medien so zahm wie überall in der arabischen Welt gemacht; es gibt keine politische, administrative und ökonomische Verantwortlichkeit. Die palästinensische Behörde ist bloß eine Fassade für Arafats Ein-Mann-Herrschaft. Arafat hält alle Macht in seinen Händen, entscheidet alles und kontrolliert das ganze Geld. Respektable Kritiker wie Edward Said oder Iyyad Sarraj werden verleumdet oder gefoltert. Jede organisierte abweichende Meinung wird als Verrat angesehen. Wie es aussieht, hat Arafat das Vertrauen der palästinensischen Diaspora verloren. In den "autonom-besetzten" Enklaven zeichnet sich Ähnliches ab. Nur wenige haben über seine Herrschaft Gutes zu berichten. Die Palästinenser sind durch den Friedensprozeß vom Regen in die Traufe gekommen. Am Ende werden sie in Reservaten wie die Indianer Nordamerikas leben.